



# WIR MÜSSEN WIEDER STREITEN LERNEN!

## EIN KOMMENTAR VON BIRGIT SIPPEL



Für eine Partei, die an sich selbst den Anspruch stellt, die Interessen der arbeitenden Menschen und damit der großen Mehrheit zu vertreten, ist dieses Ergebnis eine Katastrophe.

Europa hat gewählt. Und das Ergebnis ist gerade auch für die SPD nicht so ausgefallen, wie wir es uns gewünscht hätten. Trotz eines engagierten Wahlkampfes und des unermüdlichen Einsatzes vieler Mitstreiterinnen und Mitstreiter vor Ort konnten wir die Menschen mit unseren Positionen und Forderungen offenbar nicht erreichen. Verloren haben wir in allen Wählergruppen, die größten Verluste gingen – wieder einmal – an die Nichtwähler. Selbst in traditionellen SPD-Hochburgen sind die Ergebnisse bitter. Für eine Partei, die an sich selbst den Anspruch stellt, die Interessen der arbeitenden Menschen und damit der großen Mehrheit zu vertreten, ist dieses Ergebnis eine Katastrophe.

Darüber hinaus hinterlassen die Ergebnisse einer Reihe von rechtskonservativen oder sogar offen rechtsextremen und antidemokratischen Parteien in Mitgliedsstaaten wie Frankreich, Italien oder Ungarn einen bitteren Nachgeschmack und machen die Arbeit des Europäischen Parlaments in der neuen Legislaturperiode sicher nicht einfacher. Schließlich sprechen wir hier von Parteien, die teils offen ein Ende der EU und die Rückkehr zum Nationalstaat propagieren und sich bewusst von ihren europäischen Nachbarn abgrenzen; Parteien, die die Errungenschaften des europäischen Einigungsprojektes – eines friedlichen, demokratischen Europas mit grenzüberschreitenden Frei-



Aber warum bekommen wir solche Wahlergebnisse? Warum wenden sich immer mehr Menschen von der Politik ab und sehen sich womöglich nicht mehr als Teil der Gesellschaft vertreten?

heiten und Rechten für seine Bürger – ignorieren; Parteien, die uns einreden wollen, die globalen Herausforderungen von heute könnten von isolierten Nationalstaaten gelöst werden. Mit anderen Worten: Parteien, die mit Populismus, Lügen und Mythen Wahlkampf betreiben und Politik machen – zum eigenen Machterhalt, zum Missbrauch des Staates für eigene Interessen, Korruption inbegriffen. Auch dieses Wahlergebnis ist ein Warnsignal an uns alle.

Aber warum bekommen wir solche Wahlergebnisse? Warum wenden sich immer mehr Menschen von der Politik ab und sehen sich womöglich nicht mehr als Teil der Gesellschaft vertreten? Warum entscheiden sich immer mehr Menschen – nach all den Schreckenserfahrungen der Zeiten vor der Europäischen Union – rechtskonservativen oder gar rechtsextremen und antidemokratischen Parteien ihre Stimme zu geben?

Eine häufige Erklärung demokratischer Parteien lautet: Weil diese Parteien mit ihren simplen Parolen und ihrer Glorifizierung des Nationalstaats scheinbar einfache Antworten und damit Orientierung und Überschaubarkeit bieten; in Zeiten, in denen der technische Fortschritt rasant ist und sich die weltweiten Herausforderungen mit Themen wie Klimawandel, Digitalisierung, Migration, Terrorismus oder auch einem US-Präsidenten Trump zu überschlagen scheinen. Aber: das ist zu einfach. Denn im Umkehrschluss bedeutet es eben auch, dass demokratische Parteien – und insbesondere eben

die SPD – offensichtlich schon lange nicht mehr in der Lage sind, Menschen wirklich mitzunehmen, Orientierung zu bieten, glaubwürdige Vertreterinnen ihrer Interessen zu sein. Ob Azubis oder Studierende, Arbeiter\*innen, Handwerker\*innen, Angestellte, kleine Selbstständige oder Arbeitssuchende – sie alle haben Vertrauen verloren und wenden sich ab. Und uns allen muss klar sein: verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen, braucht Zeit und ein klares Profil!

Doch was bedeutet das für die Zukunft der SPD einerseits und die Arbeit als Europaabgeordnete andererseits? Ich bin überzeugt: Köpfe austauschen reicht nicht, scheinbar gerade trendigen Themen hinterherzurennen auch nicht. Trendig? Klimaschutz? Ich will nicht falsch verstanden werden: Umwelt- und Klimaschutz sind wichtig! Und schon lange auch ein soziales Thema, dem wir uns als SPD widmen: vom blauen Himmel über der Ruhr, über die Neubelebung der Emscher, bis zum Strukturwandel mit neuen Perspektiven für die Menschen etwa in Kohleregionen. Doch offenbar ist dieses Engagement im Bereich Umwelt- und Klimaschutz, wie vieles andere, nicht angekommen. Gleiches gilt für die europäische Ebene: Gerade wir als Sozialdemokraten haben uns immer wieder für strenge Regeln und Grenzwerte bei Umwelt- und Klimaschutz eingesetzt. Wahrgenommen wurde das offenbar nicht. Oder auch ein ganz anderes, aktuelles Thema: die Debatte um Artikel 13 der Urheberrechtsrichtlinie. Als deutsche Sozialdemokrat\*innen im Europäischen



### // Birgit Sippel

Sippel ist seit 2009 Mitglied des Europäischen Parlaments, Sprecherin der sozialdemokratischen S&D-Fraktion im Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres sowie Kuratoriumsmitglied der Willi-Eichler-Akademie.

Parlament haben wir geschlossen **nicht** für Artikel 13 gestimmt – die deutschen Grünen konnten das nicht von sich behaupten. Dennoch standen eher wir Sozialdemokrat\*innen, neben den Konservativen, in der Kritik.

Mir zeigt all dies vor allem eins: Wir müssen wieder lernen, zu streiten. Damit meine ich, frühzeitig und über alle Ebenen hinweg zuzuhören und die verschiedenen Positionen häufiger und offener zu diskutieren – hart in der Sache, aber fair im Ton. Wir müssen dann aber auch auf unseren Parteitagen klare Beschlüsse fassen und diese Beschlüsse anschließend über alle Ebenen hinweg verständlich kommunizieren, sichtbar vertreten und hiermit zu überzeugen versuchen – nicht zu überreden oder gar einzuschüchtern, was gerade bei rechtsextremen und antidemokratischen Grup-



Die besondere Herausforderung zur neuen Stärkung unserer Demokratie besteht daher gerade auch darin, diejenigen neu zu beteiligen, die sich nicht mehr (ausreichend) als Teil der Gesellschaft sehen.

pen eine beliebte Strategie ist. Partei neu stärken heißt, Sozialdemokratie im Interesse der Menschen wieder erkennbar und wählbar machen. Das wird ein Langstrecken-Staffellauf, den wir nur gemeinsam erfolgreich meistern können. Doch der Aufwand lohnt sich. Schließlich macht der Blick um uns herum deutlich: Die Werte der Sozialdemokratie werden dringend gebraucht!

Und auch „Europa“ muss stärker Teil unserer Diskussionen vor Ort werden. Denn die hohe Wahlbeteiligung in den meisten Mitgliedstaaten zeigt auch: Es besteht Interesse an Europa! Also: Reden wir drüber – als Europaabgeordnete, aber auch weit darüber hinaus. Für mich als Europaabgeordnete eine Herausforderung in doppelter Hinsicht: Im neu zusammengesetzten Europäischen Parlament müssen wir mit veränderten und zum Teil schwierigeren Bedingungen Gesetze und Regeln für die Bürgerinnen und Bürger Europas gestalten; die dazu notwendigen Mehrheiten müssen immer wieder neu organisiert werden. Und in den Regionen müssen wir, trotz aller zeitlicher Schwierigkeiten, noch viel mehr als bisher Diskussionen zu europäischer Politik anregen, unterstützen und selbst stärker sichtbar werden. Dazu müssen Diskussionen zu anstehenden Entscheidungen in Kommunen, Land, Bund und Europa viel selbstverständlicher werden – insbesondere in den Medien, aber auch in den Verbänden vor Ort – analog und digital.

Es reicht daher nicht, etwa erst kurz vor den Europawahlen wieder auf das The-

ma Europa zu kommen. Europäische Politik beeinflusst uns alle, jeden Tag. Dennoch wird viel zu wenig darüber geredet und wenn, dann allzu oft nur aus der rein nationalen Perspektive. Eine „europäische Öffentlichkeit“ ist eben nicht dadurch gegeben, dass zum Beispiel in allen Staaten über den Brexit gesprochen wird. Nur wenn wir auch die Positionen anderer Mitgliedstaaten oder Regionen erfahren, können wir europäische Diskussionen und Beschlüsse einordnen und bewerten. Erst wenn wir aufhören, immer nur die deutschen Minister\*innen oder Bundestagsabgeordneten zu europäischen Entwicklungen zu befragen, sondern ebenso die Vertreterinnen und Vertreter in Brüssel, im Europäischen Parlament, der Kommission und dem Rat zu Wort kommen lassen, können wir informiert gemeinsame Wege und Lösungen für uns alle in der EU diskutieren.

Neben der besonderen Verantwortung traditioneller Medien müssen wir auch neue kreative Formen des Austauschs und der Auseinandersetzung wagen. Die Europäische Bürgerinitiative, ebenso wie nationale Bürgerbegehren, ist zwar ein guter Ansatz, aber sie ist kein Ersatz für öffentliche Diskussionen, sondern im besten Fall das Ergebnis einer solchen. Bei vielen Bürgerdialogen zur EU trifft man zudem oft eher auf bereits politisch interessierte, tendenziell proeuropäische Menschen, während ein erheblicher Teil unserer Gesellschaft solchen Foren meist fernbleibt. Ähnliches gilt für viele Bürgerbeteiligungen vor Ort, bei denen mitunter mehrheitlich betroffene Akteure präsent sind.

Die besondere Herausforderung zur neuen Stärkung unserer Demokratie besteht daher gerade auch darin, diejenigen neu zu beteiligen, die sich nicht mehr (ausreichend) als Teil der Gesellschaft sehen. Bürger-Dialoge müssen daher viel regelmäßiger stattfinden, gerne auch mal an ungewöhnlichen Orten und gerne auch häufiger (aber niemals ausschließlich) digital; Einladungen, gerade zu konkreten Fragen, können auch mal gezielt an repräsentativ ausgewählte Bürger gehen. Zudem müssen die öffentlichen Debatten mehr Verbindlichkeit bieten: Wo Ideen gesammelt werden, braucht es nachfolgende Informationen an Teilnehmer\*innen, was genau eigentlich – und warum – mit diesen Ideen geschehen ist.

Daher: Schluss mit dem Schon-Waschgang! Ob in den Ausschüssen der Parlamente, ob in den Print-, Rundfunk- und sozialen Medien, ob analog oder digital, aber vor allem auch direkt vor Ort: Lasst uns wieder mehr streiten – spätestens nach den Europawahlen und jetzt erst recht! Lasst uns wieder mehr zuhören, mehr Argumente austauschen, mehr diskutieren! Wir dürfen nicht glauben, dass der Austausch von Köpfen auf nationaler Ebene oder zwei peppige Themen allein nachhaltig das Vertrauen in Politik und Sozialdemokratie neu stärken könnten. Und wir dürfen nicht zulassen, dass das Thema EU bis zu den nächsten Wahlen 2024 wieder in der Versenkung landet. Und dann lasst uns unsere Beschlüsse wieder klar kommunizieren und gemeinsam auf allen Ebenen vertreten.

**VERKÜRZT GESAGT:  
WIR ALLE MÜSSEN UNS  
WIEDER STARK MACHEN FÜR  
DEMOKRATIE! WIR ALLE SIND  
DAUERHAFT GEFORDERT.**

Lernen wir wieder zu diskutieren und zu streiten – hart in den Argumenten, fair im Ton, geschlossen nach einmal getroffenen Entscheidungen! //